



Städte und Gemeinden sagen: Halt! So geht es nicht weiter!

Ich wende mich als Präsident unseres Verbandes direkt an Sie, weil ich ein gemeinsames Interesse unserer Städte und Gemeinden an einer aus unserer Sicht sehr zentralen Themstellung für die kommunale Ebene, aber auch für Staat und Gesellschaft insgesamt sehe.

In den Mitgliedsstädten und -gemeinden des HSGB zeigt sich fast täglich, dass Leistungsversprechen aus Bundes- und Landesgesetzgebung an die Bevölkerung nicht oder bei weitem nicht vollständig erfüllbar sind. Die Umsetzung ist zudem häufig stark mit Vorgaben an die personelle Ausstattung und für die Verfahrensgestaltung verbunden. Auf diese Weise werden knappes Personal und finanzielle Ressourcen der Kommunen gebunden und stehen nicht mehr für die kommunale Gestaltung nach den Bedürfnissen vor Ort zur Verfügung. Die Folgen: Meinungsumfragen zeigen eine wachsende Unzufriedenheit mit dem Funktionieren unserer Demokratie. Die haupt- und ehrenamtlich Verantwortlichen in der Kommune haben immer weniger zu entscheiden, obwohl die Bevölkerung aufgrund der Wahl davon ausgeht, dass sie etwas zu entscheiden hätte. Das wiederum führt zu sinkender Akzeptanz politischer Entscheidungen.

Wir haben uns als HSGB zu diesen Problemen positioniert (s. den folgenden Beitrag in dieser Ausgabe). In Baden-Württemberg haben die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam mit anderen interessierten Institutionen bereits eine entsprechende Diskussion angestoßen. Wir möchten dieses Vorgehen nunmehr auf Hessen übertragen und das Thema in die Kreisversammlungen des HSGB tragen. Die Mitglieder des Präsidiums und die Geschäftsführer sind schon dabei, das Thema der überschrittenen Leistungsgrenze vor Ort vorzustellen.

Gemeinsam müssen wir als Verband mit den haupt- und ehrenamtlich vor Ort Verantwortlichen sagen: „Halt! So geht es nicht weiter!“

In der HSGZ wird das Thema immer wieder aufgegriffen. Ich würde mich freuen, wenn wir zu diesem sehr wichtigen Thema miteinander aktiv würden.

Matthias Baaß
Präsident

Städte und Gemeinden sagen: Halt! So geht es nicht weiter!

HSGB fordert Realitätssinn – Leistungsgrenze der Kommunen ist überschritten / Notwendig sind Aufgabenkritik, Priorisierung und die Abschaffung bürokratischer Hemmnisse



Krise folgt auf Krise, Krisen überlagern einander und oft geht es um sehr große Herausforderungen: So erleben viele Menschen die vergangenen Jahre. Die Corona-Pandemie, schnell steigende Preise und die Frage der Sicherheit der Energieversorgung haben den Alltag weiter Teile der Bevölkerung spürbar verändert. Hinzu kommen die großen Fluchtbewegungen 2015/2016 und 2022/2023, der andauernde russische Überfall auf die Ukraine und der dadurch verursachte Krieg in Europa. Mit allen Herausforderungen für den Wohnungsmarkt und den Bildungsbereich (Kindertagesstättenplätze, Schulen, Bedarf an Integration und Sprachförderung). Der zunehmend spürbare Klimawandel tritt hinzu und macht

zusammen mit der demografischen Entwicklung vielfältige Anpassungen notwendig. Die Antwort kann nicht heißen: noch mehr Leistungen von den öffentlichen Händen. Gefragt sind klare Prioritäten, Bürokratieabbau und das Stärken der Rahmenbedingungen für Flexibilität und Kreativität in den Kommunen.

Zutrauen in die politisch Verantwortlichen schwindet

Die Verunsicherung der Bevölkerung findet ihren Ausdruck in wachsender Skepsis gegenüber demokratischen Prozessen und niedriger Beteiligung bei

Wahlen. In Bundes- und Landespolitik nehmen wir eine verbreitete Neigung wahr, dem mit dem Versprechen zusätzlicher Leistungen der öffentlichen Hand zu begegnen: Gesetzliche Aufgaben werden neu definiert, Standards erhöht, nicht ausreichende Finanzmittel bereitgestellt und die konkrete Umsetzung auf die kommunale Ebene übertragen. So wird Aktivität kommuniziert, die Umsetzung aber wird oft nicht bis zum Ende bedacht, es wird dem Wunsch vieler in der Bevölkerung nach schnellen Lösungen versucht zu entsprechen.

Dann aber ist die Enttäuschung groß, wenn die „oben“ gegebenen Leistungsversprechen nicht eingehalten werden können.

Gerade jetzt ist Handlungsfähigkeit gefragt – die aber ist drastisch eingengt!

Enge staatliche Vorgaben in Förderprogrammen und zu Personalstandards, sich gegenseitig ausschließende Vorgaben im Planungsrecht (Naturschutz versus Erneuerbare Energien) sowie Planungserfordernisse, die erforderliche Veränderungen drastisch in die Länge ziehen statt verkürzen, sorgen für Handlungsunfähigkeit und Stillstand statt dem von den Menschen erwarteten zupackenden Handeln! Zudem verwischt es die Verantwortlichkeiten, wenn Bund und Land bis in kleinste Details des Betriebs von Kitas und Verwaltungsabläufen mit gleichen Regelungen für München und Münster, Mülheim oder Mücke hineinregieren.

Grenzen des Leistbaren erkennen

Erforderlich sind ein Umdenken und ein neuer Realitätssinn. Die Grenzen der gesamtstaatlichen Leistungsfähigkeit werden absehbar überschritten. Zukunftsaufgaben wie Energie-, Wärme- und Mobilitätswende, Klimaschutz und Klimaanpassung, die Digitalisierung, die Stärkung der Bildung, der Fachkräftemangel oder auch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums erfordern eine neue und realistische Bewertung, was unabweisbar gebraucht wird und mit welchen personellen und finanziellen Mitteln leistbar ist.

Was hat Vorrang, was kann zurückstehen? Wir müssen Prioritäten setzen. Um zu Prioritäten zu kommen, müssen Aufgaben auf den Prüfstand. Wird beispielsweise trotz knapper Ressourcen am Rechtsanspruch auf Schulkinderbetreuung ab 2026/27 festgehalten, muss klar sein, dass andere Vorhaben mit

niedrigerer Priorität zurückstehen. Dann muss es beispielsweise eine sehr deutliche Öffnung der Personalstandards in anderen Bereichen der Kinderbetreuung geben.

Bürokratieabbau

Nur mit weniger Bürokratie und finanziell handlungsfähigen Städten und Gemeinden werden wir die Probleme von morgen lösen können. Besonders in diesen Krisenzeiten zeigt sich, dass zu enge Vorgaben und zu hohe Standards ein Hindernis für handlungsfähige Kommunen sind. Viele Probleme lassen sich besser lösen, wenn vor Ort der jeweils passende Ansatz verfolgt werden darf.

Kommunen: Dezentral, überschaubar und resilient

Die starke kommunale Selbstverwaltung bewährt sich seit jeher gerade in existenziellen Krisenzeiten. Eigenverantwortliche Teilnahme an Entscheidungen im überschaubaren Raum ist eine zentrale Kraftquelle für Staat und Gesellschaft. Eine Teilnahme an den demokratischen Prozessen vor Ort mit gewählten Amtsträgern und Gremien ist ein probates Mittel gegen Frust und Verunsicherung. Eine überbordende Befrachtung mit Beauftragten, Beiräten und Verfahrensvorgaben ist hier kontraproduktiv.

Starke Städte und Gemeinden bedeuten Entscheidungen in überschaubarem Raum, bedeuten dezentrale und weniger für Krisen anfällige Strukturen. Starke Kommunen machen den Staat und die Gesellschaft krisenfester und widerstandsfähiger.

Die Verfassungen von Bund und Ländern schützen die kommunale Selbstverwaltung. Allerdings kann dieses Recht gegenwärtig fast beliebig per Bundes- oder Landesgesetz eingeschränkt werden, mit neuen Aufgaben, höheren Anforderungen oder auch dem Vorenthalten der nötigen finanziellen Mittel.

Das muss sich ändern!

Der Hessische Städte- und Gemeindebund fordert eine ehrliche Diskussion über die Leistungsfähigkeit der Kommunen, eine entsprechende Aufgabenkritik, die Priorisierung staatlicher Aufgaben und die Abschaffung bürokratischer Hemmnisse.

(Standpunkt – Positionen des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, 19.04.2023)